

## HERMAN KRANOLD · DIE BRITISCHE POLITIK DER BRITISCHEN ARBEITERREGIERUNG



UROPA ist klein, und das Britische Weltreich ist groß. Ein Reich, dessen Teile über den ganzen Erdball verstreut sind, von dessen Ländern viele schon nahezu selbständig ihr politisches Geschick bestimmen, ein solches Reich mag konstituiert sein wie es will: soll es von *einer* Zentrale aus gelenkt werden, so müssen die führenden Kräfte dieser Zentrale in der Linie der Politik des Gesamtverbands bleiben, wenn sie nicht unversehens vor der Gefahr stehen wollen, daß das Reich zerreißt, oder daß die Außenteile einen Wechsel der Regierungsgewalt und des Regierungskurses in der Zentrale erzwingen. Dies ist der Hauptgrund, weshalb die steigende Verselbständigung der überseeischen Besitzungen Englands nicht (wie manche geglaubt haben, daß es kommen würde) zur Folge gehabt hat, daß die Politik des Britischen Reichs weniger einheitlich, schwankender geworden ist, häufiger den Kurs wechselt. Sie geht vielmehr in neuerer Zeit erst recht die selbe Linie. Obwohl es falsch ist den Engländern oder der englischen Regierung macchiavellistische Überlegungen zuzuschreiben, wonach diese Staatsmänner ganz besonders planmäßig und nach feinsten Überlegungen beharrlich dem selben Ziel bewußt zusteueren, ist das Ergebnis der Kräfteverteilung und Kräfteentwicklung im Britischen Reich doch, daß sich in seiner Außenpolitik ein außerordentliches Maß von Beharren geltend macht. So bedeutet denn der Wechsel der regierenden politischen Partei im Grunde außerordentlich wenig für die Grundrichtung seiner Außenpolitik. Gladstone, der Wortführer der Kleinengländer, war es humoristischerweise, der durch das Bombardement von Alexandria die gewaltige Expansion des Britentums in Afrika einleiten mußte. Campbell Bannerman, Lloyd George, Asquith, Grey und die übrigen Führer der Liberalen von 1906, die während des Burenkriegs gegen den Imperialismus der Konservativen in Parlament, Presse und Versammlungen getobt hatten, legten vor dem Weltkrieg und in ihm die Schlußsteine zu dem großen Britischen Reich in Afrika, das vom Kap bis nach Kairo reicht und sogar in Westafrika, in Togo und Kamerun auf Kosten Deutschlands abgerundet werden mußte. Zwischen diesen Regierungen lagen und ihnen folgten konservative Regierungen, die bei der deutschen Linken immer als besonders erobersüchtig galten, in Wirklichkeit aber in den meisten Fällen sich von der Außenpolitik der Liberalen Partei nur dadurch unterschieden, daß sie gemäßiger, mit feineren Methoden und deshalb auch mit solideren Erfolgen den selben Zielen nachgingen. Die Liberalen (mit ihrem, in der Reichspolitik der Unzuverlässigkeit verdächtigen, Anhang aus Radikalen, zeitweilig auch Iren und Arbeiterpartei) mußten viel lauter imperialistisch schreien, viel derber imperialistisch auftreten als die Konservativen, weil sie nach all den schönen kleinenglischen Reden in der Oppositionszeit fühlten, daß sie bei den Außenteilen des Reichs (deren Treue zum Mutterland von der Treue des Mutterlands zu ihnen abhängt) im Verdacht mangelhafter Treue stehen könnten, während die Konservativen, die sich in Opposition und Regierung gleichblieben, ihre Reichstreue niemals zu beweisen brauchten. Daher die charakteristische Erscheinung, die in der politischen Geschichte des Britischen Reichs immer wiederkehrt: daß dem oppositionellen Kleinengländertum der Liberalen eine besonders extreme Großenglandpolitik folgte, wenn sie in die Regierung eintraten.

Historisch ist die englische Arbeiterpartei, die sich in Struktur und Zielen sehr stark von den sozialistischen Parteien des europäischen Festlands unterscheidet, als große britische Partei in erheblichem Maß Ersatzkraft für die Liberale Partei. In der Opposition verstand sie es, fern von den Gefilden, in denen man Verantwortung tragen muß, noch besser als jene antiimperialistisch zu deklamieren und dem Ausbau des Reichs mit heftiger Kritik gegenüberzutreten. Die Rolle der führenden Labourleute im Krieg ist noch unvergessen. Jetzt ist die Arbeiterpartei zum zweitenmal Regierungspartei. Schon innenpolitisch ist ihre Regierungsmacht recht schwach aufgebaut, denn sie ist eine ausgesprochene Minderheitsregierung und kann nur von der Duldung des Bürgertums parlamentarisch leben. In Reichsangelegenheiten nun gar kann sie überhaupt keine selbständige Politik treiben, kann sie nicht das Ziel sondern nur den Stil des Vorgehens bestimmen. Wenn deshalb Austen Chamberlain mit sanften, geschliffenen und in wohl abgewogene Formen gekleideten Reden Deutschland vor den britischen Wagen zu spannen suchte, so polterte der Außenminister der Arbeiterregierung, Arthur Henderson, gewaltig los. Wenn der konservative, welterfahrene und abgeklärte Reaktionär Arthur James Lord Balfour durch geschickte Rundschreiben die englisch-amerikanische Teilhaberschaft in Sachen der Reparationsforderungen an Europa mit gelenkigen Fingern knüpfte, so schlug der Schatzkanzler der Arbeiterregierung, Philip Snowden, im Haag ungefähr so auf den Tisch, wie seinerzeit in allerhöchstem Auftrag, gegen die eigene Überzeugung, der deutsche General Max Hoffmann bei den Friedensverhandlungen in Brest Litowsk. Und wo Probleme des Reichs zu lösen sind, bei denen der Verdacht aufkommen könnte, als ließe es die Arbeiterregierung an imperialer Zuverlässigkeit fehlen, da schlägt sie drauf und drein, daß die Funken nur so stieben, und daß die bürgerliche Opposition denn doch schließlich einen schüchternen Protest gegen die Methode anmeldet, mit der hier mit Donner und Blitz in einer Wolke Sidney Webb, Lord Passfield of Passfield Corner, als imperialistischer Jupiter erscheint und die zarte Semele vernichtet.



**L**M Krieg haben die Engländer aus der Handvoll Trümpfe, die sie gegen die Mittelmächte in der Hand hatten, unter anderm, um Deutschland und seine Bundesgenossen zu schwächen, den Trumpf der Errichtung einer Nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina ausgespielt. In jener herrlichen Art und Weise, die das einzige, aber immer wiederkehrende reale Beispiel einer prästabilierten Harmonie in dieser bösen Welt ist, verstanden sie es in der berühmten Balfourdeklaration ihr inniges Mitgefühl mit den Leiden des jüdischen Volks mit dem weltpolitischen Interesse Großbritanniens aufs innigste zu amalgamieren. England, ein Land, das seine politische Reife unter anderm immer dadurch dokumentiert hat, daß es keinen Antisemitismus bei sich kannte, nahm sich der Sache des jüdischen Volks an, das eine Heimstätte im Land der Väter suchte, um dort eine Regeneration an Haupt und Gliedern, ein Wiedererwachen der im Lauf der Jahrhunderte verstümmelten nationalen Gliedmaßen zu erleben. Nichts ist dem Briten sympathischer als kräftiges Erwachen nationalen Gefühls bei anderen Völkern, wenn dieses nationale Gefühl dazu dienen kann die britischen Machtinteressen zu fördern. Unter Palmerston fanden alle nationalistischen italienischen Revolutionäre in England Schutz und Förderung. Kein deutscher Nationalliberaler in der Mitte des 19. Jahrhunderts, kein deutscher oder polnischer sozialistischer

Nationalist in der selben Zeit, der nicht in England freundlichste Aufnahme und Hilfe gefunden hätte. »Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein«, das Kampflied des erwachenden deutschen Nationalismus gegen Frankreich, und »Noch ist Polen nicht verloren«, das Kampflied des polnischen Nationalismus gegen Rußland, Deutschland und Österreich gehörten damals zum eisernen Bestand musikalischer Tees auf den britischen Inseln. Mazzini und die Seinen wurden in der guten Gesellschaft eines Landes gefeiert, in dem selbst die Radikalsten der Radikalen nicht im Traum daran dachten  $\frac{1}{10}$  der mazzinistischen Ideen in England zu verwirklichen. So flammte auch eine schöne Begeisterung in England auf, als Balfour jene Deklaration von 1917 erließ. Eine Jüdische Legion wurde unter den jüdischen Einwanderern in England ausgehoben, und unter Vorantragen einer Flagge mit dem Davidsstern beteiligten sich jüdische Regimenter an der Eroberung Palästinas durch den General Allenby.

Wenn die Balfourdeklaration damals in England einmütigen Beifall fand, so lag das nicht nur daran, daß sie sich im Augenblick so günstig in das System der politischen Kriegführung Britanniens einfügte, und auch nicht bloß daran, daß sie so schön human war, sondern auch daran, daß dem britischen Imperialismus in Vorderasien und Indien selbst nach Überwindung Deutschlands und seiner Bundesgenossen, selbst nach zeitweiliger Mattsetzung Rußlands starke Gegner erstanden waren, die hauptsächlich dem nationalen Erwachen der islamischen und der hinduistischen Bevölkerung dieser Gebiete entsprangen. Nach dem alten Grundsatz "Teile und herrschel" versuchten die Engländer, wie sie es früher schon mit Erfolg versucht hatten, diese in Insubordination größer und größer werdenden Bewegungen gegen einander auszuspielen und so mattzusetzen. Nicht immer gelang das. 1920 bestand in Indien zeitweilig die Gefahr, daß die Mohammedaner mit den Hindus gegen die britischen Eroberer gemeinsame Sache machen würden. Daher war damals den britischen Machthabern die Gelegenheit willkommen durch kräftige Förderung der jüdischen Kolonisation in Palästina das Mohammedanertum Britisch Asiens unter Druck zu setzen und so einzuschüchtern, daß es zur Treue gegen England zurückkehrte. Je mehr aber in einzelnen Teilen des mohammedanischen Komplexes die nationale Selbständigkeitsbewegung fortschritt, je häufiger England Rückschläge in Arabien und Ägypten erlebte, desto vorsichtiger wurde es in der Anwendung von Druckmitteln gegen die Muslims. Es verlor die Sicherheit, und namentlich die Labour Party, des Regierens in komplizierter Weltpolitik ungewohnt, hat sich gegenüber dem Arabertum in eine passive, von Angst diktierte Rolle drängen lassen.

Hatte schon die konservative Regierung Baldwin die englische Herrschermacht gegenüber dem Irak in den äußeren Formen stark eingeschränkt und dem arabischen Nationalismus durch eine gewisse Verselbständigung des ostjordanischen Teils von Palästina Zugeständnisse gemacht, so hat nun die Arbeiterregierung im Kampf gegen den indischen nationalen Aufstand vor der arabischen Bewegung in Palästina ganz und gar kapituliert, das den Juden gegebene Wort in aller Form gebrochen und der jüdischen Bewegung in einem solchen Maß Schwierigkeiten zu machen begonnen, daß vor einer so plump über alle Stränge schlagenden Taktik die konservativen und liberalen Imperialisten in aller Form sich öffentlich bekreuzigen. Das Entsetzen der Baldwin, Lloyd George usw. über die Kapitulation der Arbeiterregierung vor

den Forderungen der mohammedanischen Großgrundbesitzer Palästinas ist durchaus begreiflich; denn in einer für den richtigen Briten unbegreiflichen Weise ist dabei die prästabilisierte Harmonie des dem Reich Nützlichen und gleichzeitig sittlich Schönen geopfert worden. Die Arbeiterregierung begründet ihre Haltung gegen die Juden mit Behauptungen über die Beeinträchtigung des Wohlseins der Mohammedaner in Palästina, die in den Gutachten, die sie bestellt hat und veröffentlicht, nicht die geringste Stütze finden und noch weniger in den Tatsachen. Sie hält nicht einmal mehr die Fiktion aufrecht, daß sie nur um des Gedeihens der jüdischen Heimstättenbewegung willen die jüdische Einwanderung nach Palästina auf absehbare Zeit verschließt. Sie glaubt Rücksichten auf die Mohammedaner um Indiens willen nehmen zu müssen, und so knickt sie in der schönsten Entfaltung brutal ein Werk ab, das ihr offenbar ganz gleichgültig ist, obwohl ihr Ministerpräsident selbst diesem jüdischen Werk ein ganzes begeistertes Buch gewidmet hat, in dem er den jüdischen Aufbau in Palästina als eine direkte Forderung des internationalen Sozialismus hinstellt: was sich in der Tat für jeden wirklichen Sozialisten, der dem Schaffenspostulat folgt, von selbst verstehen sollte, und was hier stets betont und dargelegt wurde<sup>1</sup>. Nicht lange ist es her, daß der aus einer berühmten Quäkerfamilie stammende Arbeiterabgeordnete Josiah Wedgwood durch Deutschland zog und für die jüdische Palästinaarbeit unter der Zustimmung seiner britischen Parteigenossen Propaganda machte. Heute ist er schon für die Regierung MacDonald ein überaus unbequemer Frager im Parlament, und nicht lange wird es dauern, dann wird man ihn vor die Wahl stellen entweder die Propaganda für die jüdische Palästinaarbeit einzustellen oder sich seine politische Heimat anderswo als in der Arbeiterpartei zu suchen.

**W**ENN Sozialisten positiv zu den Problemen der Kolonisation Stellung nehmen, so ist der Grundgedanke, dem sie dabei folgen, der, daß die kolonisatorische Durchmischung der Menschen, die kolonisatorische Verbreitung von Ideen, technischen Fähigkeiten und wirtschaftlichen Verbindungen Kräfte der Aufwärtsentwicklung darstellen, daß die europäischen kolonisierenden Völker die in der materiellen Produktion rückständigen Völkerschaften aus unsagbarem Elend erlöst hätten und allmählich der Selbständigkeit entgegenführten. Der kritische Punkt für diese Überlegungen kommt immer dann, wenn es gilt festzustellen, ob nun etwa der Zeitpunkt gekommen sei, wo ein bestimmtes Kolonialvolk durch diese Kolonisationsarbeit reif gemacht ist sich selbst zu regieren, seine Geschicke selbst zu bestimmen. Bisher lehrt die Erfahrung, daß ein Kolonialvolk von anderer als europäischer Abstammung von der europäischen Herrschermacht noch niemals freiwillig reif genug befunden worden ist die Selbständigkeit vertragen zu können. Im Britischen Reich ist dieser Fall allerdings nicht aktuell geworden; denn auf dem amerikanischen und australischen Kontinent und in Neuseeland waren die britischen Herrscher so vorsichtig die Eingeborenen ganz oder so weit auszurotten, daß sie in der Menge der neuen Herren verschwanden. Wohl aber ist es zu dieser Auseinandersetzung in Amerika zwischen den Eingeborenen und der spanischen respektive portugiesischen Herrschermacht gekommen, und ebenso auf der mittelamerikanischen Insel Santo Domingo zwischen den Eingeborenen und den Franzosen. In allen diesen Gebieten vermochten die Eingeborenen

<sup>1</sup>) Siehe *Kalitzki* Die Zukunft der jüdischen Palästinaarbeit, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 990 und folgende.

schon früh, nämlich vor reichlich 100 Jahren, sich die Selbständigkeit zu erkämpfen, und zwar deshalb, weil dort die europäischen Einwanderer, die vielfach sogar durch Blutmischung den Eingeborenen nahe verwandt wurden, mit ihnen gemeinsame Sache machten, ja die Führung im Freiheitskampf der Kolonialvölker übernahmen. Diese besondere Stellungnahme der Kreolen gegen das Mutterland hat sich seitdem nicht wiederholt. Namentlich im Britischen Reich hat man, wo man die Eingeborenen nicht umbringen konnte oder wollte, doch zwischen ihnen manchmal ziemlich unsichtbar, manchmal sehr sichtbar und ausdrücklich, immer aber sehr wirksam, eine Farbenschanke errichtet. Selbst die Verschmelzung industrieller Kapitalien englischen und indischen Ursprungs in der indischen Eisen-, Jute- und Baumwollindustrie sowie in Teilen des indischen Bankwesens hat diese Farbenschanke nicht aufgehoben. Wo relative Verselbständigungen kolonialer Gebiete im Britischen Reich vorgekommen sind, da haben sie sich auf Verselbständigungsbewegungen weißhäutiger Herrenkassen beschränkt, auf die Selbständigkeit der Eingeborenen aber gar keine Rücksicht genommen. Charakteristisch dafür ist die Union von Britisch Südafrika, die ihre Selbständigkeit als Dominion hauptsächlich als Schutzwall für eine maßlose, selbst das sonst im britischen Kolonialreich übliche weit überschreitende Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen benutzt. Wenn heute in den verschiedenen Teilen Britisch Ostafrikas die weißen Pflanzler und Händler für einen Dominialstatus eintreten, so deshalb, weil das britische Kolonialamt, das mehr als die Vermögensvorteile von ein paar Dutzend Tee-, Kautschuk-, Kaffee-, Zinn- und Baumwolllords in Kenya, Uganda, Tanganyika und Nyassaland zu verteidigen hat, nicht bereit ist südafrikanische Methoden der Eingeborenenpolitik in Ostafrika aufkommen zu lassen. Im übrigen aber denken die Engländer nicht daran den von Farbigen bewohnten Reichsteilen an Selbständigkeit mehr zu geben als ihnen mit Androhung oder Durchführung offener Revolte abgezwungen werden kann. Für den Engländer ist jeder, der eine nichtweiße Haut hat, der in dem Land geboren ist, in dem er regiert wird, ein Native, ein minderwertiges Geschöpf, der Belehrung, Bekehrung und Unterwerfung bedürftig. Und dabei wird im Grunde kein Unterschied gemacht zwischen den Pygmäen Ostafrikas, den Bauernvölkern Westafrikas, den Kopffägern der Salomonsinseln und Neuguineas und der bunten Vielfältigkeit der indischen Völker, von denen einzelne noch in ganz primitiven Urzuständen leben, andere dagegen heute noch wie schon vor Jahrtausenden zu den kultiviertesten, geistigsten Völkern der Welt gehören.

Wir dürfen Indien nicht sich selbst überlassen; denn sonst bringen die Inder sich gegenseitig alle um: das ist die Parole, unter der die Labourregierung die indische Selbständigkeitsbewegung behandelt<sup>2</sup>. Und nun lehrt sie mit Methoden, die die konservativen Engländer in Indien sich seit Jahrzehnten abgewöhnt hatten, mit Methoden, mit denen in Deutschland Adolf Hitler gegen die sozialistischen Natives vorgehen möchte, die Inder, was britische Freiheit ist. Die Arbeiterregierung findet gar nichts dabei, daß der hochkonservative Lord Irwin auch unter ihrer Ägide Indien in der großen Krise der Gegenwart regiert. Ja, ganz offenbar ist er ihr zu schlapp, und er wird von ihr dauernd zu Maßnahmen gedrängt, zu denen unter bürgerlichen Kabinetten in Whitehall kein indischer Vizekönig gezwungen worden ist. Nach

2) Siehe darüber *Furtwängler* Indien und die Arbeiterpartei, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 II Seite 521 und folgende.

den neuesten Nachrichten liegt sogar eine besondere Denkschrift vor, in der Lord Irwin Vorschläge machen soll, die den Wünschen der Inder wesentlich weiter entgegenkommen als das Labourkabinett bisher für möglich erklärt hat. Dagegen hat MacDonalld nach dem Bericht der Kölnischen Zeitung vom 13. November 1930 bei der Eröffnung der Konferenz am Runden Tisch über die Zukunft Indiens eine Rede gehalten, über die folgendes höchst Charakteristische berichtet wird: »Er legte sich in keiner Weise durch seine Rede fest sondern betonte, daß jede Entwicklung langsam vor sich gehen müsse. Auch an Mitglieder seiner Partei waren die Worte MacDonalds gerichtet, daß er niemals sich habe stören lassen von Leuten, die sagten, er habe sein Versprechen nicht erfüllt.« In der Tat, durch solche Erinnerung hat sich die Labourregierung weder in Palästina noch in Indien stören lassen.

Das selbe ließe sich an den übrigen Hauptproblemen der britischen Reichspolitik der Gegenwart darstellen. Im Irak zum Beispiel hat die Regierung MacDonalld sich bereit erklärt in gewissem Umfang dem Mandatsgebiet die Scheinrolle eines selbständigen Staats zuzubilligen. Der Hauptgrund hierfür liegt darin, daß auf diese Weise dem Britischen Reich eine Stimme mehr im Völkerbund zur Verfügung steht. Charakteristisch für die Art, wie bei all diesen Entscheidungen die Labour Party imperialistischer zu sein versucht als die Konservativen und Liberalen, ist die Haltung Philip Snowdens im Haag, der dort mit Manieren auftrat, wie sie sonst selbst im Dienst britischer Reichsinteressen nicht üblich sind, ferner die dauernde Verhinderung einer wirklichen Sicherung Europas vor kommenden Kriegen durch eigensinniges Herumdisputieren über technische Einzelheiten der Entwaffnung zu Land, während gleichzeitig versucht wird die britisch-amerikanische Seeherrschaft zu verbilligen und rückzuersichern, indem dem einzigen, vielleicht gefährlichen Konkurrenten, nämlich Frankreich, eine gesteigerte Seerüstung Italiens entgegengestellt wird. Daher verleugnet die Regierung MacDonalld jetzt auch die von ihm selbst inaugurierte Politik des Genfer Protokolls, das doch die einzige wirkliche Friedenssicherung Europas und der Welt gewesen wäre. Genosse MacDonalld zeigte leider auch hier, »daß er sich niemals habe stören lassen von Leuten, die sagten, er habe sein Versprechen nicht erfüllt«.



B, auf lange Zeit betrachtet, die britische Rechnung aufgeht, ist eine Frage für sich. Es wird sich vermutlich auf die Dauer als eine höchst gefährliche Politik erweisen, daß die seit dem Kriegsende einander folgenden britischen Regierungen trotz den Lehren jener 4 Jahre an einer Politik festhalten, die die innere Verfestigung des Reichsgebäudes wesentlich davon abhängig macht, ob es gelingt Europa uneins zu halten. Die kampfhaft Aufrechterhaltung der Balance-of-power-Doktrin, die die Bildung eines richtigen Weltgleichgewichts zu verhindern sucht, die Welt und im speziellen Europa immer wieder in die Gefahr neuer Kriege bringt, ist im letzten auch dem britischen Interesse selbst abträglich, das seine Zukunft in der Gestaltung des Britischen Reichs zu einem Produktionsorganismus suchen sollte. England müßte den Mut haben auf seine (längst unhaltbare) Stellung als »Despot des Weltmarkts« aus Marx-schen Zeiten auch innerlich zu verzichten und, statt die europäischen Kontinentalvölker an der vollen Entfaltung ihrer Schaffenskräfte zu hindern, lieber seine eigenen regenerieren und zu neuer Wirksamkeit bringen. Aber mag die englische Rechnung aufgehen, wie sie wolle: für den, der heute die Fak-

toren erkennen will, von denen die weltpolitische Zukunft Deutschlands abhängt, bleibt es auch unter der Labourregierung dabei, daß die britische Politik von der Maxime nicht abgeht durch Teilen herrschen zu wollen. Ja, die Betrachtung zeigt, daß diese Methode im Britischen Reich von einer Regierung der Arbeiterpartei durchaus nicht weniger beharrlich, wohl aber sehr viel rücksichtsloser und deshalb für den Weltfrieden gefährlicher angewendet wird als unter konservativen und liberalen Kabinetten.

Europa stürzt aus einer Krise in die andere. Die beiden Hauptursachen sind die Verfeindung Deutschlands mit Frankreich und seinen kontinentalen Schutzbefohlenen und die Aussaugung Deutschlands durch die, jede Genesung der Weltwirtschaft immer wieder zerstörenden Kontributionen, die man durchweg Reparationen nennt, die aber nur zu  $\frac{1}{3}$  Reparationen, das heißt Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung, sind; sie fließen zu  $\frac{2}{3}$  in amerikanische Kassen. Die Reparationspolitik Europas muß dahin gehen aller über die Wiedergutmachung hinausgehenden Zahlungen ledig zu werden<sup>3</sup>. Eine Schwierigkeit bei der Lösung dieser Frage liegt darin, daß Frankreich nicht nur direkt an die Vereinigten Staaten 228 Millionen Mark zahlt, sondern daß das selbe Land an England 251 Millionen zu zahlen hat, die von England an die Vereinigten Staaten weitergehen, und daß Deutschland an England direkt 367 Millionen zahlt, die ebenfalls nach den Vereinigten Staaten weitergezahlt werden. Nun wird man, wenn ein günstiger Augenblick gekommen ist, versuchen müssen die Regierung der Vereinigten Staaten zu einem Verzicht auf diese Summen zu bestimmen. Man muß sich aber klar sein, daß jede Regierung jener Republik schon aus innenpolitischen Gründen diesen Verzicht nur aussprechen wird, wenn sie mit der Möglichkeit rechnen muß, daß die Einstellung der Zahlungen erfolgt, auch ohne daß Amerika seine Zustimmung ausspricht. Diese Lage kann nur eintreten, wenn wenigstens in diesem Punkt Europa einig ist und sicher sein kann, daß ihm nicht bei einer solchen Politik der Befreiung aus der amerikanischen Schuldknechtschaft England immer wieder Knüppel zwischen die Speichen steckt.

Es ist nach den bisherigen Erfahrungen, auch wenn die Arbeiterpartei England regiert, nicht zu erwarten, daß die englische Politik auf die europäischen Interessen solche Rücksicht nimmt, solange Deutschland und Frankreich sich über den Charakter der britischen Politik täuschen und von der Labourregierung Maßnahmen erwarten, die europafreundlicher sind als die Maßnahmen bürgerlicher Regierungen in England. Die praktische Folgerung für die deutsche Sozialdemokratie ist deshalb die, daß auch in Zeiten, in denen in England ein Arbeiterkabinett regiert, die Politik der direkten europäischen Einigung auf dem politischen wie auf dem wirtschaftlichen Gebiet vorwärtsgetrieben werden muß. Einigt sich Kontinentaleuropa trotz dem englischen Widerstreben, so wird die britische Politik sich dieser neuen Tatsache anpassen und es auf Reibungen wegen amerikanischer Reparationsinteressen gewiß nicht ankommen lassen. Solange aber die Völker des europäischen Festlands wirtschaftlich und politisch einander unermüdlich bekämpfen, so lange wird von dieser Seite aus ein Anlaß zum Frontwechsel für die britische Regierung nicht gegeben sein, mögen auch zum 3. oder 4. Mal die britischen Minister Mitglieder der Arbeiterpartei sein.

3) Siehe dazu Schwarz Ein Weg zur Befreiung Deutschlands und Europas, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 984 und folgende.

Für die deutschen Sozialisten ist das eine schwer zu gewinnende und schwer praktisch anzuwendende Einsicht. Es ist durchaus begreiflich, daß die deutsche Sozialdemokratie sich nur schwer an den Gedanken gewöhnen kann, daß die Labour Party in ihrer Praxis, trotz der Zugehörigkeit ihrer Bestandteile zur Zweiten Internationale, keine Partei der internationalen Befriedung ist. Aber, da es richtig ist, sollte man es doch einsehen, und schließlich bei dem Versuch unbefangener Würdigung der einfachen Tatsachen es um so leichter einsehen, wenn man bedenkt, daß die britische Arbeiterpartei, an unseren sozialistischen Ideen gemessen, durchaus keine sozialistische Partei ist, wie sie ja auch ganz bewußt es immer abgelehnt hat auch nur den Namen einer Sozialistischen Partei zu tragen. Gerade dies wird durch die Betrachtung der Haltung der Regierung MacDonald zum Jüdischen und zum Indischen Problem deutlich. Und deshalb lehrt die Betrachtung dieser beiden Teilkrisen im Britischen Reich, daß die Befreiung der europäischen Völker von der Ausbeutung durch den anglo-amerikanischen Reparationskapitalismus nur das Werk *direkter* Verständigung und Verbündung der Völker des europäischen Festlands sein kann.

## WALTHER MAAS • ITALIEN, FRANKREICH, DEUTSCHLAND

**B**ENITO Mussolini sagte am 27. Oktober 1930: »Es soll durchaus klar sein, daß wir materiell und geistig rüsten, um uns zu verteidigen, nicht um anzugreifen. Das fascistische Italien wird niemals die Initiative zu einem Krieg ergreifen.« Nein, es versucht zurzeit seinen Willen den anderen durch Druckmittel aufzuzwingen. Gegen Frankreich hat es deren 4 im Gebrauch: den demographischen, den militärischen, den juristischen und den politischen Druck. Der demographische Druck besteht in der italienischen Bevölkerungspolitik. Bereits jetzt hat Italien 53 Millionen Einwohner und nimmt jährlich um 450 000 zu. In 30 Jahren könnte es, geht es so weiter, doppelt so viel Einwohner haben wie Frankreich. Der militärische Druck besteht in der geistigen und physischen Militarisation der gesamten Jugend, besteht in einer Rüstungstätigkeit, die an das äußerste dessen reicht, was die italienische Wirtschaft ertragen kann. »Das italienische Heeres- und Flottenprogramm wird bis zum letzten Gewehr und zur letzten Tonne durchgeführt werden«, erklärte Mussolini im Frühjahr 1930. Der juristische Druck zielt auf Tunis. 1896 hatte sich Frankreich verpflichtet das Bürgerrecht, die Nationalität der dortigen Italiener (zurzeit etwa 100 000 bei 160 000 Europäern überhaupt) zu achten. September 1918 wurde das aufgekündigt; wer in Tunis geboren ist, wird ipso facto französischer Bürger. Am 26. April 1915 wurden Italien, um es zum Anschluß an die Entente zu bewegen, im Londoner Vertrag Kolonialgebiete versprochen. 1919 aber wurde davon wenig verwirklicht. Darauf und auf die Nichtzuteilung von Dalmatien bezieht sich Mussolinis Satz in der berühmten Mailänder Rede: »Wir sind von Versailles mit einem verstümmelten Sieg nach Hause gekommen. Aber verstümmelt war er nur in dem diplomatischen Protokoll, nicht in unseren Fäusten, Armen und Herzen.« Am wichtigsten ist vielleicht der politische Druck. Schuf Frankreich sich eine Suite in der Kleinen Entente, so suchte Italien, dessen Expansionsstreben nur nach dem Osten einen leichtern Ausgang hat, sich zunächst in Albanien festzusetzen. Eine weitere Um-